Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Millimeterzeile für Anzeigen aus dem Amtsgerichtsbezirk 4 Pfennige, auswärtige Anzeigen 6 Pfennige, Reklamezeile 18 Pfennige, amtliche Zeile 36 Pfennige. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß, der nur bei Zahlung innerhalb 8 Tagen gewährt werden kann. Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 254 — Freitag, den 28. Oktober 1932 — 27. Jahrgang

Weiterhin Unklarheit in Preußen

Erste Fühlungnahme zwischen dem preußischen Staatsministerium und dem Reich

Berlin, 26. Oktober. Wie zu erfahren ist, hat Ministerialdirektor Dr. Brecht im Auftrage des preußischen Staatsministeriums heute abend eine längere Besprechung mit Staatssekretär Meißner gehabt. Diese Besprechung wird von unterrichteter Seite als eine erste Fühlungnahme über die rechtlichen und politischen Fragen bezeichnet, die sich für die Praxis aus dem Leipziger Urteil ergeben. Aus dieser Darstellung läßt sich entnehmen, daß die Fühlungnahme in den nächsten Tagen weitergeführt werden wird. In welcher Form das geschieht, steht wohl noch nicht ganz fest. In politischen Kreisen hat man aber den Eindruck, daß sowohl bei der preußischen Staatsregierung als auch beim Reich der Wille zu einer Verständigung vorhanden ist. In diesem Sinne werden auch die Ausführungen gewertet, die Ministerpräsident Braun heute nachmittag vor den Vertretern der Presse gemacht hat. In Kreisen, die dem Reichskommissar nahestehen, wird erklärt, daß auch bei ihm die Absicht zu einer loyalen Zusammenarbeit bestehe. Natürlich wird der Reichskommissar die Exekutive, die das Leipziger Urteil ihm zuspricht, ausüben, aber das wird sicher in Formen geschehen, die keine neuen Schwierigkeiten schaffen. Nach Auffassung dieser Kreise kommt es zunächst darauf an, die Befugnisse, Rechte und Pflichten für die Praxis abzugrenzen, die durch das Reichsgerichtsurteil gegeben sind. Das ist auch schon mit Rücksicht auf die preußischen Beamten auch in den unterstellten Behörden notwendig. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die weiteren Besprechungen jetzt erst einmal einer Klärung dieser Fragen dienen sollen.

Ein Erlaß über die Gehorsamspflicht der preußischen Beamten

Berlin, 26. Okt. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der mit der Wahrnehmung der Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten beauftragte Reichskommissar für das Land Preußen am 26. Oktober 1932 an alle preußischen Behörden folgenden Erlaß gerichtet: Die Gehorsamspflicht der preußischen Beamten gegenüber dem durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 eingesetzten Reichskommissar und den von ihm bestellten Vertretern steht nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 fest.

Vorläufig keine Koalitionsverhandlungen

Berlin, 26. Oktober. Gegenüber verschiedenen Blättermeldungen über geheime Koalitionsverhandlungen in Preußen wird dem Nachrichtenbüro des VDZ. mitgeteilt, daß solche Besprechungen nicht im Gange seien und aller Voraussicht nach vor der Reichstagswahl auch nicht stattfinden würden. Die für solche Verhandlungen zuständigen Persönlichkeiten, sowohl bei den Nationalsozialisten als auch beim Zentrum, sind bis zu den Reichstagswahlen ununterbrochen im Wahlkampf tätig. Auf jeden Fall wird aber damit zu rechnen sein, daß die Verhandlungen schon bald nach der Reichstagswahl mit dem Ziele der Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen wiederaufgenommen werden.

Vor der Vernehmung Minister Klappers durch die Staatsanwaltschaft

Berlin, 26. Okt. Das der Staatsanwaltschaft 1 durch den Reichskommissar über das preußische Justizministerium zugeleitete Material in der Angelegenheit der Preußenkasse ist von der Staatsanwaltschaft geprüft worden. Die Staatsanwaltschaft wird nunmehr die Vernehmung der Beteiligten, also auch die des preußischen Finanzministers Klepper, bewirken.

Keine Trübung des Vertrauensverhältnisses zwischen Reichspräsidenten und Reichskanzler

Berlin, 27. Oktober. In einer ganzen Reihe von Zeitungen werden Gerüchte verbreitet, daß der Reichspräsident seinem Unmut über die Entwicklung der politischen Lage Ausdruck gegeben habe und daß das Vertrauensverhältnis zwischen Reichspräsident und Reichskanzler eine Trübung erfahren habe. Gegenüber diesen Gerüchten hat der Reichspräsident die zuständigen Stellen zu der Erklärung ermächtigt, daß er keinerlei derartige Aeußerungen getan habe und daß der Reichskanzler nach wie vor sein volles Vertrauen genieße.

Keine Aenderung der Kontingentspolitik

Berlin, 26. Okt. In einer politischen Zeitschrift wird behauptet, daß die Reichsregierung auf Grund des Zwischenberichtes der „Tomaten-Kommission" zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß die Kontingentierungsmaßnahmen nicht in dem geplanten Umfange durchgeführt werden könnten. Von zuständiger Stelle wird demgegenüber erklärt, daß die Kontingentierungsmaßnahmen so, wie angekündigt, weiter durchgeführt werden.

Versammlungen und Aufzüge am Totensonntag

Berlin, 26. Okt. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht heute die 5. Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge, die vom 22. Oktober datiert ist. Auf Grund des Paragraphen 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 bestimmt die neue Verordnung in § 1, daß die obersten Landesbehörden ermächtigt werden, am 1. und 2. November, Allerheiligen und Allerseelen, und am 20. November (Totensonntag) solche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge zu genehmigen, die zum Gedenken an die Toten des Weltkrieges veranstaltet werden.

Reichsanstalt und Finanzierung der Arbeitslosenhilfe

Berlin, 26. Oktober. Die Tatsache, daß für die von der Reichsregierung angesetzten 70 Millionen Mehrkosten, die durch die Erhöhung der Unterstützungssätze entstehen, aus den Ersparnissen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung genommen werden, hat die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Finanzlage der Reichsanstalt gelenkt. Obwohl die Reichsanstalt nicht nur die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen hat, sondern auch für die der Kurzarbeiter und für die Bildungsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose zu sorgen hat und ferner bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mithelfen muß, war es der Reichsanstalt möglich, dem Reich ab 1. April aus ihren Ueberschüssen noch rund 160 Millionen zur Verfügung zu stellen, nachdem sie sich an dem ersten Arbeitsbeschaffungsplan der Reichsregierung bereits mit 20 Millionen Zuschüssen beteiligt hatte. Nach den neuen Berechnungen der Reichsanstalt glaubt diese, dem Reich im Winterhalbjahr für die Krisenfürsorge rund 240 Millionen RM. zuführen zu können. Auch im zweiten Halbjahr ist mit Ueberschüssen zu rechnen.

Der Korridor — „das Pulvermagazin Europas"

London, 26. Oktober. „Das Pulvermagazin Europas" ist ein Artikel des Parlamentsmitglieds Croßley über den Danziger Korridor im heutigen „Evening Standard" überschrieben. Das Blatt weist darauf hin, daß der Korridor einen großen Teil der deutschen Bevölkerung vom Mutterlande abschneidet. Es sei wichtig, daß die Lage in England voll verstanden werde angesichts der britischen Verpflichtungen aus dem Locarno-Abkommen. Croßley nennt Danzig jene deutsche Stadt an der Mündung der Weichsel, die rasch wirtschaftlichem Ruin zutreibe. Sie wird getötet durch die unsinnige Anomalie des polnischen Korridors und durch den neuen Hafen, den die Polen unter riesigen Ausgaben in Gdingen bauten. Croßley betont, daß Marschall Foch kurz vor seinem Tode, auf den Korridor deutend, erklärt habe: „Hier liegen die Wurzeln eines neuen Krieges". Der Bau des Hafens von Gdingen und der wirtschaftliche Ruin Danzigs sind, wie Croßley schreibt, ein Bruch des Versailler Vertrages. Zum Schluß seines Artikels weist Croßley darauf hin, daß das neue Deutschland die unbilligen Bestimmungen des Friedensvertrages, die Isolierung Danzigs und das Abschneiden Ostpreußens vom Mutterlande, als eine unerträgliche Ungerechtigkeit ansieht. Wenn man das Deutschland angetane Unrecht nicht wieder gutmache, werde es früher oder später zur Selbsthilfe schreiten.

Der Stadtrat von Zella-Mehlis aufgelöst

Zella-Mehlis (Thüringen), 26. Okt. Das thüringische Innenministerium hat den Stadtrat von Zella-Mehlis mit sofortiger Wirkung aufgelöst, weil er wiederholt Beschlüsse gefaßt hat, die undurchführbar seien. In dem aufgelösten Stadtrat hatten sieben Kommunisten mit einem Sozialdemokraten die Mehrheit.

Auwis „bemerkenswerte Zurückhaltung"

Scharfe Erklärung des „Stahlhelm" gegen den Prinzen August Wilhelm

Berlin, 26. Oktober. Die Reichspressestelle des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, veröffentlicht folgende Erklärung:

„Seine Königliche Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen, der die finanziellen, materiellen und gesellschaftlichen Vorteile seiner Stellung durchaus in Anspruch nimmt, die er lediglich dem erfolgreichen Kampf nationaler Kräfte gegen die Fürstenenteignung zu verdanken hat, hält es für angebracht, in letzter Zeit in öffentlichen Versammlungen, so auch in der gestrigen Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Berliner Sportpalast den Stahlhelm, insbesondere seine Bundesführung, auf das schärfste zu kritisieren. Renegatenei ist bekannt.

Während des vierjährigen Weltkrieges und in der Nachkriegszeit bis 1927 hat der Prinz eine bemerkenswerte Zurückhaltung beobachtet. Deutschland wurde vor dem roten Bolschewismus in den Jahren 1918 bis 1924 gerettet, wahrlich nicht durch die Nationalsozialisten!

Im Jahre 1927 kam der Prinz zum Stahlhelm und schwur bei jeder passenden Gelegenheit den Bundesführern öffentlich die Treue. Er verließ trotzdem nach etwa drei Jahren die Stahlhelmbewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte, seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhelmpresse gebracht würden.

Jetzt wirft der Prinz öffentlich dem Stahlhelm Unmoralität vor. Wir empfehlen ihm, sich zunächst mit der Moral in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu beschäftigen, aus der namhafte Mitglieder wegen der unmoralischen Zustände laut öffentlicher Erklärung ausgetreten sind."

Schwere Ausschreitungen bei Zentrumsversammlungen

Bamberg, 26. Okt. Anläßlich der Brüning-Versammlungen kam es auf den Straßen zu starken Ausschreitungen. Vor den Sälen sammelten sich große Menschenmengen, die Brüning mit starken Beschimpfungen empfingen. Nach Beginn der Versammlungen begann auf den Straßen ein derartiger Lärm, daß die Polizei die Straßen räumen mußte, weil man den Redner im Versammlungsraum überhaupt nicht hören konnte. Landespolizei wurde mit Steinwürfen empfangen. Auf der Fahrt zum Hotel wurde gegen den Kraftwagen, in dem Dr. Brüning saß, ein Stein geschleudert, der ein Wagenfenster zertrümmerte. Die Demonstranten waren meist junge Leute verschiedener Parteirichtungen, unter ihnen in besonders großer Anzahl Angehörige der NSDAP. Die Demonstration war, wie die Polizei mitteilt, planmäßig organisiert. Die Polizei hat drei Verletzte zu beklagen. Der Stadtkommandant hat politische Versammlungen in Bamberg bis auf weiteres verboten.

Bombenanschlag auf eine Tageszeitung

Offenheim, 26. Okt. In das Druckereigebäude des „Offenheimer Tageblattes" wurde heute früh 2.30 Uhr eine Bombe geworfen, die schweren Schaden an dem Gebäude und an den Maschinen anrichtete. Bei den Nachbarhäusern wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Verletzt wurde niemand. Am Vormittag weilte eine Gerichtskommission an Ort und Stelle, um die notwendigen Erhebungen vorzunehmen. Das Blatt verfolgt eine unabhängig-nationale Richtung. Der Verleger soll früher der nationalsozialistischen Partei angehört haben, jedoch vor einigen Jahren bereits aus der Partei ausgeschieden sein.

Nationalsozialisten werfen Stinkbomben in eine DNVP.-Versammlung

Hamburg, 26. Okt. Die gestrige deutschnationale Wahlversammlung in den Elbecker Bürgersälen wurde von Nationalsozialisten gestört. Gleich zu Beginn der Versammlung machten sie Zwischenrufe, dann sangen sie das Horst-Wessel-Lied und warfen schließlich Stinkbomben. Zwischen ihnen und dem deutschnationalen Saalschutz kam es zu Prügeleien, so daß die Polizei eingreifen mußte. Die Prügeleien setzten sie auch auf der Straße fort, sie riefen: „Hugenberg verrecke" und räumten erst das Viertel, als Schnellwagen der Polizei eingesetzt wurden.